

---

FDP-Fraktion im Römer

## **FDP-FRAKTION FRANKFURT WARNT VOR AUS DES FERNBAHNTUNNELS**

22.06.2026

---

Die FDP-Fraktion im Römer warnt eindringlich vor dem drohenden Aus des Fernbahntunnels Frankfurt. Wie die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine parlamentarische Anfrage im Deutschen Bundestag belegt, hat die Schwarz-Rote Koalition im Bund erstmals kein einziges Bahnprojekt in die nächste Leistungsphase verschoben, darunter auch nicht den Fernbahntunnel Frankfurt. Das bedeutet: Für die Weiterplanung und den Beginn des Planfeststellungsverfahrens steht kein Geld aus dem Bundeshaushalt mehr zur Verfügung. Das Land Hessen hat zudem bislang keine Bereitschaft signalisiert, die entstehende Finanzierungslücke zu schließen.

„Was sich hier abzeichnet, ist eine Entscheidung mit verkehrspolitisch einschneidenden Folgen für die Stadt Frankfurt am Main, die Rhein-Main-Region und ganz Deutschland“, sagt Nathaniel Ritter, verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Römer. „Der Fernbahntunnel ist das Herzstück des Deutschlandtaktes der Deutschen Bahn und das zentrale Element zur Beseitigung des größten Engpasses im deutschen Eisenbahnnetz. Wer hier jetzt den Geldhahn zudreht, handelt kurzsichtig.“

Besonders besorgniserregend ist das Timing der Entscheidung. Die Variantenplanung für den unterirdischen Teil des Hauptbahnhofs hat nach jahrelanger Arbeit zuletzt erhebliche Fortschritte gemacht: Im April 2026 wurden drei konkrete Stationsvarianten vorgestellt, eine Vorzugsvariante sollte noch 2026 ausgewählt werden. Die Planungen befinden sich damit in einer entscheidenden Phase.

„Jetzt die Projektteams aufzulösen und somit das schon bestehende Know-how zu verlieren, wäre der Sargnagel für das Projekt“, betont Ritter. „Weiterhin würde uns eine Wiederaufnahme des Projekts Jahre kosten, die wir nicht haben.“

Die FDP-Fraktion im Römer bekennt sich klar zum zügigen Bau des Fernbahntunnels.

Das Projekt verspricht eine Kapazitätssteigerung am Hauptbahnhof um mindestens 20 Prozent, Fahrzeitverkürzungen von bis zu acht Minuten im Fernverkehr, und eine spürbare Entlastung des regionalen Nahverkehrs für Millionen Pendler täglich. Frankfurt als internationaler Finanzplatz und Wirtschaftsstandort ist auf eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur elementar angewiesen.

„Wir fordern den Bund auf, die Planungsfinanzierung unverzüglich sicherzustellen, und appellieren gleichzeitig an die Landesregierung in Wiesbaden, ihrer Mitverantwortung für dieses Jahrhundertprojekt gerecht zu werden“, so Ritter abschließend. „Der Deutsche Bundestag hat ein Sondervermögen Infrastruktur in Höhe von 500 Milliarden Euro bereitgestellt. Ausgerechnet beim größten deutschen Schienenknoten zu sparen, ist nicht zu rechtfertigen und zeugt von fehlendem politischem Willen zur richtigen Priorisierung.“